

Dr. Gisela Notz, Sozialwissenschaftlerin

Redemanuskript zur 29. Sitzung des Frauenpolitischen Beirats der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen am 5.11.2012 in Berlin

## **Beschäftigungssituation Berliner Frauen**

### **Ausgangsbedingungen**

Berlin ist nicht nur eine weltoffene demokratische Metropole, auch nicht nur eine europäische Hauptstadt in Bewegung sondern auch eine Großstadt der Brüche und Widersprüche und der sozialen klassen- und geschlechterspezifischen Ungleichheit, wie auch der Ungleichheit zwischen Menschen aus den verschiedenen Herkunftsländern.

*„Die wirtschaftliche und soziale Gleichstellung von Männern und Frauen ist ein zentrales politisches Anliegen des Senats und eine Aufgabe, die sich quer durch alle Politikfelder zieht,“ darauf verweist Dilek Kolat, Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen in ihrem Vorwort zum Gender Datenreport für Berlin von 2011.<sup>1</sup>*

Die Realität lässt freilich noch zu wünschen übrig. Vieles kann nicht auf der Berliner Ebene gelöst werden, aber Einiges.

Aus dem Ersten Gleichstellungsbericht für die Bundesrepublik geht hervor, dass Deutschland einen großen Nachholbedarf in Sachen Gleichstellung von Frauen und Männern hat<sup>2</sup>, das trifft auch für Berlin zu. Durch dort angewandte Lebenslaufperspektive wird deutlich, dass die Bundespolitik widersprüchliche Lebensmodelle begünstigt: Auf der einen Seite steht der Anspruch, für die individuelle Existenzsicherung selbst zu sorgen (Stichworte: Unterhaltsrechtsreform, Erwerbsobliegenheiten), und auf der anderen Seite die Möglichkeit, über abgeleitete Ansprüche existenzgesichert zu werden (Stichworte: Ehegattensplitting, Bedarfsgemeinschaft, „Zuverdienst“ durch prekäre Arbeit). Der Gleichstellungsbericht stellt unmissverständlich klar: Das passt nicht zusammen, auch das gilt ebenso für Berlin.

### **Zur Frauen-Erwerbsbeteiligung in Berlin**

---

<sup>1</sup> Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen Berlin: Gender Datenreport, Berlin 2011.

<sup>2</sup> Bundesministerium für Familie, senioren, Frauen und Jugend (Hg.): Neue Wege – Gleiche Chancen. Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf. Erster Gleichstellungsbericht, Berlin 2011.

Nicht alle Menschen – schon gar nicht alle Frauen haben in Berlin einen festen, unbefristeten Job, der so bezahlt ist, dass man davon leben kann. Rund 20 % leben von Sozialleistungen, weitere 20 % werden von Familienangehörigen finanziert. Hoch ist die Sockelarbeitslosigkeit vor allem mit Langzeiterwerbslosen. Das quantitative Wachstum an Arbeitsstellen ist in Berlin im Vergleich der Bundesländer am größten. Die Einkommen sind jedoch vergleichsweise niedrig, besonders für Frauen. Wie kommt das?

Die **Erwerbsquote** der Frauen (im Durchschnitt der erwerbstätigen Bevölkerung zwischen 15 und 65 Jahren) hat deutlich zugenommen. Im Jahr 2010 lag sie für Männer bei 79,2 % und für Frauen bei 71,8 %. Am höchsten war sie bei Personen im mittleren Alter (35-45 Jahre) – Männer 93 %, Frauen 84 %.<sup>3</sup>

Die Erwerbsquote bezieht auch Erwerbslose mit ein. Schauen wir uns die **Beschäftigten- oder Erwerbstätigenquote**, das heißt die Quote der tatsächlich in einer vertraglich geregelten Erwerbsarbeit tätigen Menschen an, so ist sie seit 1991 insgesamt gesunken und zwar von 77,0 % auf 67,5 % im Jahr 2010. Die Beschäftigtenquote von Frauen betrug 2010 63,5 %, für Männer 67,5 %. Schlechter stehen Deutsche mit Migrationshintergrund (54,3 %) und AusländerInnen (49,8 %) da. Frauen sind auch bei diesen Gruppen weniger erwerbstätig als Männer. Behinderte Männer im erwerbsfähigen Alter sind auf die Bundesrepublik bezogen, ebenfalls häufiger erwerbstätig als Frauen in der gleichen Situation. Die Erwerbsbeteiligung behinderter Frauen und Männer ist trotz verschiedenster arbeitsmarktpolitischer Instrumente in der gesamten Bundesrepublik geringer als bei nicht behinderten Personen.<sup>4</sup> In der beruflichen Eingliederung sind behinderte Frauen unterrepräsentiert. Diesbezüglich gibt es keine Unterschiede zwischen den westdeutschen und ostdeutschen Ländern und spiegelt sich sicher auch im Land Berlin wider.

Mit steigender Kinderzahl wächst der Anteil der Familien, in denen nur ein Elternteil berufstätig ist. Bei 56 % Ehepaaren mit Kindern unter 18 Jahren standen 2010 beide Partner im Beruf, bei Lebensgemeinschaften lag die Quote mit 66,1 % deutlich höher. Bei Paaren mit drei und mehr Kindern sind nur zu einem Drittel beide Eltern

---

<sup>3</sup> Die Zahlen beziehen sich, soweit nicht anders angegeben, auf den Gender Datenreport Berlin 2011.

<sup>4</sup> [www.bmfsfj.de/doku/Publikationen/genderreport/9-behinderung.html](http://www.bmfsfj.de/doku/Publikationen/genderreport/9-behinderung.html) (Zugriff: 5.11.2012).

berufstätig. Ist nur ein Elternteil berufstätig, so ist das in den meisten Fällen (84,3 %) der Mann, bei Familien mit drei und mehr Kindern zu 94,3 %. Zumindestens über einen Zeitabschnitt funktioniert die bürgerliche Kleinfamilie mit „Haupternährer und Hausfrau“ offensichtlich perfekt. Alleinerziehende waren zu 61,6 % erwerbstätig, davon waren 90 % Frauen.

Dies, obwohl die Pluralisierung der Lebensformen gerade in Berlin voranschreitet. Nur in gut der Hälfte der Familien mit Kindern unter 18 Jahren sind in Berlin die Eltern verheiratet und bei rund einem Drittel sind sie alleine erziehend. Alleinerziehende weisen die höchste Armutsquote auf und das ist ein Skandal. Zusätzlich haben wir Lebensformen ohne Kinder und die Singles. 54 % Singles sind es in Berlin und das sind etwa gleich viel Männer wie Frauen, noch lange nicht alle irren alleine herum. Wohnprojekte in denen sie sich zusammenschließen, schießen gerade in Berlin wie Pilze aus dem Boden.

Trotz dieser Ausdifferenzierung sind Arbeitsmarkt-, Familien- und Sozialpolitik am Modell des „Haupternährers“ und der Hausfrau bzw. „Zuverdienerin“ in der traditionellen heterosexuellen bürgerlichen Kleinfamilie orientiert.

### **Prekäre Beschäftigung**

Prekarisierung der Beschäftigung ist kein wirklich neues Thema. Die Frauenforschung untersucht die Auswirkungen seit Langem.<sup>5</sup> Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat eindeutig dazu beigetragen, dass Flexibilität verstärkt als Instrument angesehen wird, mit dessen Hilfe Arbeitgeber auf die sich wandelnden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen reagieren. Wie bereits dargestellt, ist die Zahl der Beschäftigten in Berlin gestiegen, die Zahl der **sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten** ist jedoch zurückgegangen. In Berlin haben Frauen mit 51,5 % mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse als Männer. Sie haben aber weniger Arbeitsstunden inne. Zu den sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen gehören auch TeilnehmerInnen aus Programmen zur „Förderung von Arbeitsverhältnissen“ und „Bürgerarbeit“, die gerade aufgestockt wurde, geförderte reguläre Ausbildungs- und Arbeitsverhältnisse und KurzarbeiterInnen, also

Arbeitsverhältnisse, die mit Mitteln der Beitragszahler (SGB III) oder der Steuerzahler (SGB II) voll oder teilweise finanziert werden sowie sozialversicherungspflichtige geringfügig Beschäftigte (MinijobberInnen) und Beschäftigte in Arbeitsgelegenheiten. Das betraf im September 2012 insgesamt 128.446 Personen. Dadurch wurden die Erwerbslosenquoten entlastet. Durch das Ende des durch den Senat öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS) –gehen 7.500 bezahlte Arbeitsplätze für Langzeiterwerbslose verloren.<sup>6</sup> Sie sollen durch andere Programme ersetzt werden.

Auch in Berlin hat sich der prekäre Beschäftigungssektor in wenigen Jahren von einer marginalen Bedeutung zu einem bedeutenden Bereich ausgeweitet. In vielen Bereichen ist sie eher die Norm als die Ausnahme. Vor allem Frauen tragen die Folgen, denn sie werden noch immer als „Zuverdienerinnen“ angesehen, wenn dieses Modell auch längst verstaubt ist. Prekäre Arbeit hat Auswirkungen auf die gesamten Lebensbedingungen. Nicht selten ist Altersarmut die Folge. 15,5 % der Berliner Bevölkerung sind heute von Armut bedroht. (Bundesdurchschnitt 15,1 %).<sup>7</sup> Die „Wiederkehr der sozialen Ungleichheit“ (Robert Castel) ist auch eine Wiederkehr der geschlechtsspezifischen Ungleichheit.

Der Gender Datenreport für Berlin macht den Wandel in der Struktur der Erwerbsverhältnisse fest:

Seit 1991 ist die Zahl der **befristeten Arbeitsverhältnisse** stark gestiegen, bei Männern um 22,5 %, bei Frauen um 17,8%. Befristete Beschäftigungsverhältnisse bedeuten eine dauerhafte, latente Existenzangst und Unsicherheit.

Signifikant ist die Verschiebung von der Vollzeit- zur **Teilzeitbeschäftigung**. Im Jahr 2010 betrug der Anteil der Teilzeiterwerbstätigen Frauen 36,1 %, der der Männer 18,2 % . Demnach ist mehr als jede dritte Frau teilzeitbeschäftigt, besonders betroffen sind Frauen mit Migrationshintergrund. Teilzeitbeschäftigung ist nicht per se prekär, aber es sind meist die Frauen, die vom Ertrag der TZ-Arbeit nicht leben können, wo gut verdient wird, wird selten geteilt. Keine Vollzeitstelle gefunden zu haben, war auch in Berlin 2010 der am häufigsten genannte Grund zur Teilzeitarbeit, persönliche und

---

<sup>5</sup> Vg. z. B. Carola Möller: Ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse – verstärkte Spaltung der abhängig Arbeitenden. Konsequenzen für die Frauenforschung und die Frauenbewegung, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, H.9/10 1983, S. 7 – 15.

<sup>6</sup> [www.von-arbeit-leben.de](http://www.von-arbeit-leben.de) (Zugriff: 3.11.2012).

familiäre Gründe spielen eine untergeordnete Rolle (25,3 % Frauen nannten sie; von den Männern waren es nur 3,1 %).

Im Jahr 2010 waren 125.000 Personen in Berlin **geringfügig beschäftigt**, 52,2 % waren Frauen. Sie arbeiten im Privathaushalt, aber auch in fast allen öffentlichen Bereichen, ganz besonders oft als Verkäuferinnen, Büroangestellte und Friseurinnen, viele sind Migrantinnen. Auch Wissenschaftlerinnen und andere gut ausgebildete Frauen müssen mit Praktika, kurzfristigen Arbeitsverträgen oder als „Soloselbständige“ von der Hand in den Mund leben.

Prekär leben auch viele der ehrenamtlich tätigen und vor allem die **BundesfreiwilligendienstlerInnen** mit Taschengeld, im sozialen Alten- und Gesundheitsbereich sind auch das weit überwiegend Frauen. Hier fehlen Untersuchungen zur Berliner Situation, ein erster bundesweiter Bericht liegt bereits vor.<sup>8</sup>

Kontinuierlich stieg die Zahl der **selbständig Erwerbstätigen** in Berlin. Zwischen 1991 und 2010 hat sie sich mehr als verdoppelt. Der Frauenanteil betrug 2010 34,5 %. Berlin hat bundesweit die höchste Selbständigenquote. Vor allem in der Soloselbstständigkeit scheint die Zukunft zu liegen. Das wäre auf den ersten Blick nicht schlimm. Doch viele scheitern und viele können davon nicht selbständig leben. Arbeitspsychologinnen verweisen darauf, dass Arbeitsverhältnisse, in denen jeder sein eigener Herr (Frau) ist, entsolidarisierend wirken.<sup>9</sup> Bei vielen verwischt die Trennung von Arbeit und Freizeit auch räumlich, sie arbeiten von zu Hause aus, sind von jeder solidarischen Einflussnahme und gewerkschaftlicher Interessenvertretung ausgeschlossen.

Heute haben Frauen allzu oft keine Wahl, als prekäre Arbeitsverhältnisse anzunehmen, von denen sie nicht leben können oder ihre Zukunft nicht planen können. Und das sind schon lange nicht mehr ausschließlich die traditionellen Familienfrauen als „Zuverdienerinnen“.

---

<sup>7</sup> [www.berliner-kurier.de/kiez-stadt/neue-statistik-immer-mehr-berliner-von-armut-bedroht.7169128.17244910.html](http://www.berliner-kurier.de/kiez-stadt/neue-statistik-immer-mehr-berliner-von-armut-bedroht.7169128.17244910.html) (Zugriff: 4.11.2012).

<sup>8</sup> Helmut K. Anheier u.a.: Ein Jahr Bundesfreiwilligendienst. Erste Erkenntnisse einer begleitenden Untersuchung, Heidelberg 2012. Vgl. auch Gisela Notz: „Freiwilligendienste“ für alle, Neu-Ulm: AG SPAK Bücher 2012.

<sup>9</sup> So Antje Ducki in der Tageszeitung vom 10.10.2011.

Zahlreiche Untersuchungen zeigen, dass viele Frauen gerne längere Zeiten arbeiten möchten. Aber auch viele Vollzeit-Erwerbstätige gehören zu den working poor, d. h. Friseurinnen, Medizinisch-Technische Assistentinnen und andere verdienen so wenig, dass sie davon nicht eigenständig leben können.

Frauen arbeiten bundesweit in Branchen und Berufen bzw. auf Positionen, die geringer entlohnt werden als Männerbranchen und Berufe, das ist auch in Berlin der Fall. Das Durchschnittsbruttoeinkommen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Frauen lag in Berlin 2010 bei 2.441 € monatlich um 23 % unter dem der Männer (3.163 €), das entspricht dem Bundesdurchschnitt. Die Lohnlücke im engeren Sinne, d.h., die Differenz im durchschnittlichen Stundenverdienst (GenderPay Gap) betrug in Berlin knapp 16 Prozent.

Die Folgen prekärer, atypischer und anderer nicht existenzsichernder Beschäftigungsverhältnisse ist Armut nicht nur aktuell sondern auch im Alter. Die bereits jetzt eklatante Altersarmut von Frauen, wird in den nächsten Jahren noch zunehmen. Der Gender-Pension-Gap liegt bekanntlich bei nahezu 60 %.<sup>10</sup> Armut im Alter ist die Folge, besonders davon betroffen sind die Bezirke Friedrichshain-Kreuzberg, Wedding und Neukölln. Viele Menschen arbeiten dort bereits zu Niedriglöhnen oder beziehen ALG II.<sup>11</sup>

Die **Erwerbslosenquote** (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen) Berlins ist mit 11,8 % im Oktober 2012 die höchste in Deutschland (Frauen 11,2%, Männer 13,2 %). 12,9 % der Erwerbslosen waren unter 25 Jahre alt, auch das ist der höchste Wert (im Bundesdurchschnitt waren es 5,4 %).<sup>12</sup> Zum Vergleich: Die niedrigste Erwerbslosenquote hat Bayern mit 3,5 %; die durchschnittliche Erwerbslosenquote für die BRD liegt bei 6,5 %.<sup>13</sup> Berlin hält da schauerliche Rekorde, da muss noch viel passieren.

Richten wir noch einen kurzen Blick auf die

### **Berufswahl von Frauen.**

---

<sup>10</sup> Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): Gender Pension Gap, Berlin 2011.

<sup>11</sup> Vgl. Tagesspiegel vom 15.10.2012.

<sup>12</sup> Berliner Morgenpost 31.10.2012.

<sup>13</sup> [www.berlin.de/sen/arbeit/besch-impulse/beschaeftigung/](http://www.berlin.de/sen/arbeit/besch-impulse/beschaeftigung/) (Zugriff: 2.11.2012).

Sie bestimmt bereits oft die schlechteren Bedingungen von Frauen auf dem bezahlten Arbeitsmarkt. In der Region Berlin-Brandenburg wurden den Arbeitsagenturen bis Mitte August 2012 insgesamt 26.513 Ausbildungsplätze gemeldet, aktuell sind davon 6.451 noch unbesetzt. Im August waren bei den Arbeitsagenturen noch 9.513 junge Menschen als unversorgte Ausbildungsplatzsuchende registriert.<sup>14</sup> Das heißt – trotz der Rede vom Mangel an Auszubildenden – fehlen 3.062 Ausbildungsplätze. Laut einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes kann erst dann von einem ausgewogenen Ausbildungsplatzangebot gesprochen werden, wenn wegen der Berufswahlfreiheit auf 100 Bewerber 112,5 freie Plätze kommen. Die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze reicht in Berlin nach wie vor nicht aus. Der Anteil von Frauen an der dualen Berufsausbildung nimmt bundesweit ständig ab.<sup>15</sup> Auch in Berlin [http://www.arbeitsagentur.de/mn\\_188238/Dienststellen/RD-BB/RD-BB/A01-Allgemein-Info/Presse/2012/34-2012-Arbeitsmarktbericht-Land-Brandenburg-August-2012,mode=print.html](http://www.arbeitsagentur.de/mn_188238/Dienststellen/RD-BB/RD-BB/A01-Allgemein-Info/Presse/2012/34-2012-Arbeitsmarktbericht-Land-Brandenburg-August-2012,mode=print.html) - topabsolvieren Frauen vor allem Ausbildungen an Fachschulen für Erziehungs-, Sozialarbeits- und Gesundheitsberufe auf, das verschafft ihnen später gering bezahlte und mit wenig Prestige versehene Arbeitsplätze. Das muss nicht sein, die Arbeit ist gesellschaftlich notwendig und wichtig, sie muss aufgewertet werden. Außerdem ist es nicht die Phantasielosigkeit der Frauen, die sie die Berufe ergreifen lässt. Man könnte auch fragen, warum deutschlandweit nur 21 % der männlichen Jugendlichen, eine Ausbildung in einem Pflegeberuf begonnen haben.<sup>16</sup>

Wir haben es mit der best ausgebildetsten Frauengeneration aller Zeiten zu tun, heißt es immer wieder. Das Land Berlin hat im bundesweiten „Gleichstellungsranking“ an den Hochschulen die Spitzenposition. Auf den Weg zu den Führungspositionen in der Wirtschaft und an den Hochschulen gehen sie leider verloren.

Junge Frauen und Mädchen gezielt auf ihre Perspektiven in den so genannten MINT-Berufen hinzuweisen, ist eine Möglichkeit, die in Berlin genutzt wird, ebenso wie in die bis jetzt als „Männerberufe“ geltenden Gewerke. Die dort ausgebildeten müssen jedoch auf dem Arbeitsmarkt die gleichen Chancen haben, wie Männer. Trotz

---

<sup>14</sup> Bundesanstalt für Arbeit, Stand 30.8.2012.

<sup>15</sup> bildungsklick.de/pm/85513/15-millionen-junge-menschen-ohne-berufsausbildung/ (Zugriff:2.11.2012).

zahlreicher Programme seit den 1970er Jahren sind viele dieser Berufe Frauen weitgehend verschlossen.

### **Fazit**

Die Schaffung existenzsichernder sinnvoller Erwerbsarbeitsplätze für Frauen und Männer muss aus feministischer Sicht oberstes arbeitsmarktpolitisches Ziel sein. Es geht um sozialversicherungspflichtige sinnvolle Erwerbsarbeit aus denen dann die Rentenansprüche abgeleitet werden können. Das heißt: weg von der prekären Beschäftigung und Arbeit mit Niedriglohn, hin zu existenzsichernder Erwerbsarbeit, für alle, die sie wollen. Sozialversicherungs- und Entlohnungssysteme müssen auf Eigenständigkeit von Frauen und Männern und nicht auf bestimmte Lebensformen ausgerichtet sein.

Von Arbeit muss man leben können – Frau auch und MigrantInnen und arbeitsfähige Behinderte natürlich auch. Und zwar während der Zeit der Ausbildung, der Berufstätigkeit und später von dem Erarbeiteten im »Ruhestand«. Wir brauchen Arbeitszeitverkürzung im Bereich der Vollerwerbsarbeit, um bezahlte und unbezahlte Arbeit besser verteilen zu können, einen einheitlichen **Mindestlohn** für alle ArbeitnehmerInnen, der hoch genug ist, dass jede/r die Existenz aus eigener gesellschaftlich **sinnvoller** und nützlicher Arbeit sichern kann und eine **Mindestrente** für aus dem Erwerbsleben Ausgeschiedenen, die die Rentenansprüche nicht aufbauen konnten. Notwendig wird der weitere Ausbau von Kinderbetreuung und Ganztagschulen sowie der Einrichtungen für Pflegebedürftige, beides hat sich in Berlin verbessert, reicht aber noch nicht aus.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

---

<sup>16</sup> Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung vom 22.10.2012.